

1 Einleitung

»Alles, was universalgeschichtliche Anschauung und was Denken in Wirtschaftsordnungen behindert, erschwert die Erkenntnis des Werdens und des Seins moderner Wirtschaft.«
(Eucken 1944, S. 76)

Die Idee zu diesem Buch ist sehr alt, denn es war mein ursprüngliches Dissertationsprojekt, was ich 1993 jedoch verworfen habe, weil sich das Thema schwer eingrenzen lässt. Aus heutiger Sicht muss ich feststellen, dass die Herausforderung nicht darin besteht, eine akademische Abhandlung über die Ideengeschichte des Wirtschaftsliberalismus zu schreiben, sondern vielmehr in der Auswahl, was davon heute noch relevant sein kann. Einige Jahrzehnte später begann ich mich jedoch erneut mit dem Thema zu beschäftigen, weil ich beobachtete, dass viel über Wirtschaft, Staat und Kapitalismus gesprochen wird. Ich war erstaunt, und teilweise entsetzt darüber, welchen scheinbaren wirtschaftspolitischen »Wahrheiten« als gegeben akzeptiert werden und wie wenig theoretischer Hintergrund in den Diskurs einfließt. Daraus entstand dann die Idee zu diesem Buch.

Obschon wir in den meisten europäischen Ländern – und so auch in Deutschland – ein nie gekanntes Niveau von Wohlstand und materieller Sicherheit erreicht haben, mehren sich die Stimmen, die den Kapitalismus grundsätzlich in Frage stellen. Besonders die öffentlich-rechtlichen Medien und vermeintlich linksliberale Publikationen werden nicht müde, eine Renaissance des Marxismus zu beschwören und den Systemwechsel zu propagieren. Dafür gibt es sicherlich verschiedene Gründe:

- die politische Ausrichtung einiger Redakteure, besonders bei öffentlich-rechtlichen Sendern
- und mangelnde Kenntnisse in Wirtschafts- und Dogmengeschichte,
- dass viele politisch linksstehende »Experten« sichere Plätze im intellektuellen Establishment haben,
- dass jüngere und in materieller Sicherheit aufgewachsene Generationen weder politische Unfreiheit noch materielle Not erfahren haben,
- gebetsmühlenartiges Nachplappern »kapitalismuskritischer« Phrasen.

Ein trauriger Höhepunkt war der taz-Artikel »All Cops are berufsunfähig«, in dem eine »Journalistin«, die sehr viel Pech beim Denken hat, irgendwie einen Zusammenhang zwischen dem Kapitalismus und der Abschaffung der Polizei sieht. Also

muss der Kapitalismus abgeschafft werden, damit seine Schergen entsorgt werden können. Der Kapitalismus wird immer häufiger als die Wurzel allen Übels ausgemacht. Beseitigt man ihn, sind alle wieder glücklich.

Aber was ist denn der Kapitalismus überhaupt? Das wird Gegenstand des ersten Kapitels sein. Vor allem steht hier die Frage im Mittelpunkt, ob Kapitalismus zwangsläufig mit Marktwirtschaft gleichzusetzen ist.

Kapitalismuskritik wird heute verpackt, um zu verschleiern, was ein alternatives Wirtschaftssystem denn wirklich bedeuten würde: Es gibt nun einen guten und einen bösen Kapitalismus. Der neue Schuldige ist der Neoliberalismus. Es ist also nicht der Kapitalismus an sich, der überwunden werden muss, sondern nur eine bestimmte Ausprägung. Das ist natürlich in mehrerlei Hinsicht eine Mogelpackung. Da der Begriff liberal in unserer Gesellschaft positiv besetzt ist, ist es schwer, argumentativ gegen eine liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vorzugehen. Also modifiziert man den Begriff mit dem Präfix »neo«, um zwischen gutem und bösem Liberalismus zu unterscheiden. Hier zeigt sich aber auch die Unkenntnis vieler, die sich am Diskurs beteiligen. Der Kampfbegriff »neoliberal« wird in diesem Kontext auch meist falsch verwendet¹, weil man sich dabei auf rein marktliberale Ansätze wie die Chicagoer oder die Österreichische Schule bezieht. (Piekenbrock, 2008, S. 71 ff.) Als Feindbild dient da besonders Margaret Thatcher, deren wirtschaftspolitischer Kurs stark von Friedrich August von Hayek beeinflusst war und deren Name für viele als Synonym für soziale Kälte und Exzesse des Raubtierkapitalismus steht. Tatsächlich beschreibt der Begriff Neoliberalismus historisch betrachtet jedoch eine Denkschule, die sich als Ziel gesetzt hatte, eine liberale Antwort auf die Extreme Kommunismus und Kapitalismus zu finden und daher einer der Wegbereiter der sozialen Marktwirtschaft war. (Hartwich 2009, S. 13; Piekenbrock, 2008, S. 41 ff.) Wenn »liberal« also positiv ist und Liberale als »neoliberal« diffamiert werden, so hat die politische Linke damit für sich selbst in Anspruch genommen, der eigentliche Gralshüter des Liberalismus oder der sozialen Marktwirtschaft zu sein. Im Wesentlichen kann man also davon ausgehen, dass jemand, der den Begriff »neoliberal« verwendet, keine Ahnung von wirtschaftlichen Zusammenhängen und Ideengeschichte hat.

Begriffe wie Raubtierkapitalismus oder Heuschrecken werden gern verwendet, um Marktwirtschaft und Kapitalismus zu diskreditieren. Genau an dieser Stelle muss jedoch nicht die Systemfrage gestellt werden, sondern vielmehr die, inwiefern Kapitalismus und Marktwirtschaft sich unterscheiden. Ist eine bestimmte Form des Kapitalismus vielleicht sogar die Antithese zu Marktwirtschaft? In anderen Worten: Die Systemfrage wird zu oft gestellt, weil viele sich mit dem System gar nicht auseinandergesetzt haben.

Deshalb soll in diesem Buch zunächst geklärt werden, was Kapitalismus und Marktwirtschaft (nicht) sind und welche liberalen Denkansätze es gab, welche

1 Exemplarisch kann hier der Artikel Kommt jetzt der Neoliberalismus zurück? von Mark Schieritz in der Zeit stehen. Online: [https://www.zeit.de/wirtschaft/2022-05/neoliberalismus-wirtschaftspolitik-angebotspolitik-5vor8?](https://www.zeit.de/wirtschaft/2022-05/neoliberalismus-wirtschaftspolitik-angebotspolitik-5vor8?abgerufen%20am=24.06.2024), abgerufen am 24.06.2024.

Relevanz diese heute haben und welche sich auch als Irrweg entpuppt haben. Dieses Werk soll vor allem zu einer Versachlichung der Debatte um Kapitalismus und Wirtschaftsliberalismus beitragen. Dies scheint mir ein sehr wichtiger Beitrag zur politischen Debatte zu sein, denn gerade in Folge der Corona-Krise stellen auch Politiker der Mitte immer wieder die Frage nach der Sinnhaftigkeit des bisherigen Wirtschaftens und fordern mehr Staat und mehr Kontrolle.

2 **Kapitalismus und Marktwirtschaft**

2.1 **Kapitalismus: ein Phantom**

Eine pauschale Kapitalismuskritik greift zwangsläufig immer zu kurz, weil sie einen Begriff verwendet, der gar nicht trennscharf definiert werden kann. (Eucken 1944, S. 54) In anderen Worten: Man kritisiert eine Chimäre, deren wahre Gestalt man gar nicht kennt und in dieser vereinfachten Form auch gar nicht kennen kann. Den Kapitalismus in der ein oder anderen Form gab es nämlich schon lange bevor es den Begriff gab. Der Kapitalismus hat sich über Jahrhunderte hinweg entwickelt und es gibt ihn in vielen Erscheinungsformen seit dem Hochmittelalter. (Eucken 1944, S. 54 f.) Der Begriff an sich wurde erst durch seine Kritiker im 19. Jahrhundert ex post in den Diskurs eingeführt. Es gibt und gab Kapitalismus und Marktwirtschaft jedoch in vielen Schattierungen und Ausprägungen. Daher wird in der »Kapitalismuskritik«, die momentan wieder *en vogue* ist, oft mit Schlagworten statt mit differenzierten Begrifflichkeiten argumentiert. Die Fundamentalkritik am »Kapitalismus« ist ein gesamteuropäisches Phänomen, sicherlich angefeuert durch Jugendbewegungen wie Fridays for Future. In Großbritannien war die Labour Partei unter Jeremy Corbyn von einer liberalen Sozialdemokratie deutlich nach links gerückt. Corbyn selbst bezeichnet sich zwar »nur« als Sozialist, steht dem Marxismus, von dem er nach eigener Aussage jedoch wenig weiß, aber aufgeschlossen gegenüber. (Plickert 2019) In Frankreich hat die linkspopulistische Partei La France Insoumise ihren festen Platz in der politischen Landschaft gefunden. In Deutschland gelang es dem Bündnis Sarah Wagenknecht, sich in kürzester Zeit zu etablieren, mit einem Programm, das Angst vor allem schürt. Beide Länder haben jedoch auch eine lange Tradition von kapitalismuskritischen Parteien, die wesentlich fundamentaler in ihrer Systemkritik sind als dies in Deutschland bis 1990 denkbar gewesen wäre, was seine Ursache sicher im deutschen Konzept der sozialen Marktwirtschaft hat. Ein offener Dualismus zwischen Marktwirtschaft und gesamtgesellschaftlichen Interesse gehörte nicht zum politischen Diskurs in Deutschland nach 1945. Es schien immer um Wohlstand für alle zu gehen und um Sozialpartnerschaft. Wie kommt diese fundamentale Systemkritik nun nach Deutschland und wie ist sie einzuordnen? Immerhin haben bei einer Umfrage aus dem Jahr 2017 gerade mal 16 Prozent der Befragten den Kapitalismus als etwas Positives gesehen und 52 Prozent lehnen ihn gar ab. (Inhoofen 2017)

Begeben wir uns auf eine historische Spurensuche: Die heute in Die Linke umbenannte SED hat sich ab 1990 in ihren Wahlkämpfen sehr konsequent gegen

die alte Bundesrepublik und deren Wirtschaftssystem positioniert. Nachdem Helmut Kohls »blühende Landschaften« in den ostdeutschen Bundesländern sich als Luftschlösser entpuppten, gab es plötzlich Enttäuschte, Verlierer und Gewinner, die sich an den Verlierern bereicherten – oder zumindest wurde diese Wahrnehmung kolportiert. Dies war die Geburtsstunde dieses Ressentiments in der Politik auf nationaler Ebene. Genau diese Chance nutzt die in ihrer ersten Häutung in PDS umbenannte SED, um sich als »Anwalt des Ostens« gegen den Kapitalismus des Westens zu positionieren. Dies bedingt natürlich, dass eben diese Ressentiments geschärft werden. So gab es Slogans wie »Der Osten wählt rot«, »Damit es nicht noch kälter wird«, »Das ist auch unser Land« oder »Dieses Plakat ist nicht im Westen gedruckt«. Aber auch klare Angriffe auf das politische Establishment blieben nicht aus: »Mehr Arbeit, weniger Phrasen« (eine Phrase par excellence). Es ist klar, dass diese Aussagen sich auf die hohe Arbeitslosigkeit in der ehemaligen DDR nach der Wiedervereinigung bezogen, an der ironischerweise ja die SED bzw. der real existierende Sozialismus und eben nicht der Kapitalismus schuld war.

Nachdem die im Westen neu gegründete WASG in der PDS aufgegangen war und die Partei sich nun Die Linke nannte, wurde die Rhetorik nun in eine andere Richtung geschärft, nämlich gegen die vermeintlichen reichen Sozialschamrotzer. Nun wurden Slogans aufgerufen wie »Millionäre² zur Kasse«, »Teilen macht Spaß: Millionär-Steuer«, »Millionäre besteuern, mehr Geld für Kitas und Schulen«, »Solidarität!«, »Millionen sind stärker als Millionäre«, Sarah Wagenknecht unterstellt gar jedem Reichen, dass er kriminell und asozial ist, wenn sie sagt: »Die wirklich teuren Flüchtlinge, das sind nicht die, die vor Krieg und Terror fliehen. Die wirklich teuren, das sind die, die Steuerflüchtlinge, das sind die Konzerne und reichsten Familien, die mit tausend Tricks die öffentliche Hand in Deutschland jedes Jahr um bis zu 100 Milliarden Euro prellen.« (Wagenknecht, 2015) Wo die Zahl herkommt, wird nicht wirklich geklärt, aber es wird das klare Feindbild des Reichen herausgearbeitet. Freilich mag man fragen, wie Großverdiener der Linkspartei wie Lafontaine oder Gysi dazu passen. Gysis Erwiderung, dass ein Linker nicht arm, sondern nur gegen Armut sein müsse (o. V. 2015), wirkt angesichts der Rhetorik der Partei nicht gegen Armut, sondern gegen Reichtum, dann doch wenig überzeugend. Schließlich wurde gar die Figur des »Flaschensammlers« geprägt und immer wieder bemüht, um die urdeutsche Angst vor Verelendung zu schüren. Tatsache ist jedoch, dass die Zahl der über 65-Jährigen, die von staatlichen Transferleistungen abhängig sind, gering ist und meist nur Menschen mit fragmentierter Erwerbsbiographie betrifft. Jeder einzelne Fall mag tragisch sein, aber es ist kein Massenphänomen (Eckert 2019). Doch wenn man eben nur lange genug von einem Problem redet, existiert es irgendwann auch. So war es dann nicht verwunderlich, dass die SPD aus einem Angstreflex heraus im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017

2 Es wird auch nicht spezifiziert, ob man Einkommens- oder Vermögensmillionäre meint. Letztgenannte besitzen lediglich Eigentum im Wert von mindestens einer Million, was z. B. ein abbezahltes Haus sein kann. In dem Fall käme eine Millionärssteuer einer Enteignung gleich.

eine Gerechtigkeitsdebatte mit einfachen Antworten führen wollte, statt sich differenziert mit sozialen und wirtschaftlichen Fragestellungen auseinanderzusetzen. Kernpunkt war, dass in der Bundesrepublik alles furchtbar ungerecht ist und ein irgendwie gearteter Systemwechsel Wirklichkeit werden muss. Zum einen muss man natürlich die Frage nach der Glaubwürdigkeit stellen, denn die SPD unter Gerhard Schröder hat die deutsche Sozialpolitik mit der Agenda 2010 schließlich maßgeblich beeinflusst. Andererseits waren 2017 jedoch 87 Prozent aller Deutschen mit ihrer wirtschaftlichen Lage sehr zufrieden und Armut war eher rückläufig. (o. V. 2017) Und das obwohl der Neoliberalismus bzw. der Kapitalismus doch angeblich solch negative Folgen gehabt hat?

Daher soll im Folgenden auf die Entwicklung des Kapitalismus und seine politische und (kultur-)historische Bedeutung eingegangen werden. Für dieses Kapitel soll folgende technische Definition des Begriffs Kapitalismus gelten: Aufgeschobener Konsum von Kapital mit dem Zweck durch Investition und steigende Produktivität eine Rendite zu erzielen. Dies wiederum erfordert eine Marktwirtschaft, in der die Produktion und Allokation von Gütern und Dienstleistungen durch den Markt bzw. die Marktteilnehmer gesteuert werden.

Kapitalismus beruht also auf Wachstum. Wenn Kapitalismus nun bedeutet, dass man Kapital investiert, um zu dem Kapital noch eine Rendite zu haben, dann müssen mehrere Rahmenbedingungen gewährleistet sein. Waren und Dienstleistungen müssen zu Preisen verkauft werden, die eine Investition attraktiv machen. Da eine Investition mittel- bis langfristig getätigt wird, müssen diese Preise steigen und/ oder die Kosten sinken. Insofern sind Innovationen mit allen Konsequenzen für das Funktionieren der Marktwirtschaft notwendig. Preise müssen steigen, um kontinuierliche Gewinne zu ermöglichen. Folglich ist eine gesunde Inflation immer Teil des Kapitalismus. Aber die Waren und/ oder Dienstleistungen müssen auch gekauft werden, d.h. Märkte sind nur dann attraktiv, wenn dort Kaufkraft vorhanden ist. In einer Marktwirtschaft besteht folglich immer ein Eigeninteresse an einer gleichmäßigen Verteilung von Kaufkraft. Gleichzeitig bringen Kostensteigerungen Dynamik in Märkte, weil sie wiederum Innovationen zur Kostensenkung erfordern. Insofern zeigt sich, dass ein funktionierender Markt immer etwas Selbstzerstörerisches hat, das aber zu Neuem führt.

Die eingangs formulierte Frage lautet, was Kapitalismus überhaupt ist. Hier beginnt nämlich schon das Problem. Im Gegensatz zum Kommunismus oder zum Feudalismus ist der Kapitalismus kein geschlossenes System, sondern kommt in vielen Spielarten vor. Er wurde nicht als Wirtschaftsmodell entworfen, sondern er hat sich entwickelt. Kapitalismus gab es also schon lange, bevor es den Begriff überhaupt gab. Schon im Mittelalter arbeiteten Menschen mit ihrem Kapital, vermehrten es und ließen andere für sich arbeiten. Hier kann man sicher nur von einer Vorform des Kapitalismus reden, denn ein sicheres Rechtssystem als Grundvoraussetzung für Geldverkehr und einheitliche Zahlungsmittel gab es nur in bestimmten Gebieten Europas.

Gerade durch die von Rousseau beschworene »Entfremdung der Arbeit« wurde diese vorkapitalistische Zeit häufig verklärt. Der Kapitalismus mit seiner Arbeits-

teilung habe dem Arbeiter die Sinnstiftung geraubt. Der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Karl Polanyi wirft die Frage auf, ob es Arbeitsteilung nicht schon immer gegeben habe. (Polanyi 2001, S. 46 ff.) Die »Entfremdung der Arbeit« selbst bleibt eine theoretische Argumentationsfigur, aber empirisch ein letztlich nicht belegter Mythos. Dahingegen weist Adam Smith darauf hin, dass gerade die Arbeitsteilung der entscheidende Faktor für einen Kapitalismus war, der auf Produktivitätssteigerungen beruht. Die vermeintliche vorkapitalistische Idylle dürfte von vielen Zeitgenossen eher als eine Hölle erlebt worden sein, da sie fast täglich mit existenzbedrohenden Situationen konfrontiert waren. Die höhere Produktivität einer arbeitsteiligen Wirtschaft hat letztlich mehr materielle Sicherheit für die vielen geschaffen. Materielle Sicherheit wiederum ist eine Grundvoraussetzung für die Selbstverwirklichung des Individuums.

Man kann und muss an dieser Stelle jedoch vor allem auch die Frage stellen, ob Arbeit unter archaischen und damit potenziell immer existenzbedrohenden Produktionsbedingungen etwas Befriedigendes oder gar Idyllisches haben kann. Auch muss man berücksichtigen, dass Menschen in der vorkapitalistischen Zeit stets mit lebensbedrohenden Schwierigkeiten rechnen mussten, da sie komplett von externen und nicht beeinflussbaren Faktoren wie z. B. dem Wetter abhängig waren und keine andere Möglichkeit der wirtschaftlichen Betätigung hatten, um diese Risiken auszugleichen. Ackerbau und Viehzucht bedeutete in den meisten Fällen Subsistenzwirtschaft. Eine schlechte Ernte konnte den Unterschied zwischen Leben und Tod ausmachen. Im sogenannten Verlagswesen stellten Landbewohner in Heimarbeit Dinge (meist Textilien) für Unternehmer aus den Städten her. Man könnte dies nun als eine Form der Ausbeutung sehen. Diese Zuverdienstmöglichkeiten durch Heimarbeit bedeuteten aber ein Mehr an Sicherheit. Die Einführung von Geldverkehr anstelle von Tauschhandel bedeutete aber auch einen zusätzlichen Mehrwert, da Geld nicht zwangsläufig sofort verzehrt wird, sondern in Form von Erspartem dann eingesetzt werden kann, wenn man es braucht. Also zeigt sich auch hier, dass der Kapitalismus in seiner Frühform allen Beteiligten einen Nutzen gebracht hat. Mit dem Voranschreiten von Kapitalismus und Marktwirtschaft verschwanden existenzbedrohende Situationen zunehmend. Die letzte Hungersnot in Europa datiert vom Ende der 1860er-Jahre. Hunger als existenzbedrohendes Element des Lebens wurde also durch den Kapitalismus überwunden. (Herrmann 2017, S. 153 f.)

Insofern muss man die »Verklärung vorkapitalistischer Zeiten« (Kocka 2017, S. 9) wie sie seit Rousseau und Marx zu den Topoi der Linken gehört, sehr kritisch betrachten. Diese Frühform des Kapitalismus war also ein Schritt hin zur offenen Gesellschaft und weg von der in wirtschaftlicher Hinsicht unsicheren und von persönlicher Unfreiheit geprägten Gemeinschaft.

Vorformen des Kapitalismus begannen im 13. Jahrhundert, eben mit dem erwähnten Verlagswesen: »Ein neues ökonomisches System beginnt sich herauszubilden : der Kapitalismus; seine Entwicklung erfordert neben neuen Techniken (...) auch den massiven Gebrauch von Praktiken, die die Kirche seit jeher verdammt hat.« (Le Goff 1988, S. 8) Die »ökonomischen Tauschhandlungen« der Gemeinschaft

waren identitätsstiftend für eine »auf christlichen und feudalen Beziehungsgeflechten beruhende Gesellschaft.« (Le Goff 1988, S. 17) Wenn man nun berücksichtigt, dass die Feudalgesellschaft das Prinzip der persönlichen Freiheit nicht kannte, dann ist der Kapitalismus in dieser Frühform ein erster Schritt zur politischen Emanzipation des Menschen. Dazu gehört auch, dass der beginnende Kapitalismus zur Verstädterung beitrug, weil Städte Wirtschaftszentren waren und Sicherheit boten. Die Städte wiederum waren in großen Teilen eigenständig und frei von Fremdherrschaft. Vor allem kannten die Städte das Konzept der persönlichen Freiheit. Insofern waren die Städte der Gegenentwurf zur Feudalgesellschaft.

2.2 Kapitalismus und politische Emanzipation

Aber Vorformen des Kapitalismus führten nicht nur zu einer beginnenden politischen Emanzipation in den Städten, sondern auch zu einer geistigen und kulturellen. Durch die Reconquista, die Rückeroberung des iberischen Raums von arabischer Herrschaft, wurden neue Handelswege frei, die vor allem von italienischen Händlern aus urbanen Ballungszentren genutzt wurden. Dies führte zu einem enormen Anstieg von Wohlstand in den italienischen Städten, die ja auch Handels- und Wirtschaftszentren waren. Die reichen Kaufleute wurden nun auch wichtige Mäzene von Kunst und Literatur und lösten damit die Kirche als Ausgangspunkt für jede künstlerische und literarische Betätigung ab. Kultur wurde also in der Renaissance verweltlicht. Im Laufe der Zeit griff das auch auf die Wissenschaft über. Der Historiker Jacob Burckhardt formuliert diese Entwicklung wie folgt: »Im Mittelalter lagen die beiden Seiten des Bewusstseins –nach der Welt hin und nach dem Inneren des Menschen selbst – wie unter einem Schleier (...). Der Schleier war gewoben aus Glauben, Kindesbefangenheit und Wahn: durch ihn hindurchgesehen erschienen Welt und Geschichte wundersam gefärbt, der Mensch erkannte sich nur als Rasse, Volk, Partei, Korporation, Familie oder sonst in irgendeiner Form des Allgemeinen. In Italien zuerst verweht dieser Schleier in die Lüfte; es erwacht eine objektive Betrachtung des Staates und der sämtlichen Dinge überhaupt; (...) der Mensch wird geistiges Individuum und erkennt sich als solches.« (Burckhardt 1972, S. 217) Die durch den Fernhandel ausgelöste wirtschaftliche Entwicklung mündete in der Emanzipation des Menschen, weil dieser nun seine Individualität erkannte und Empirie als einzige Quelle der Erkenntnis sah. Der Mensch lernte damit unabhängig und frei von Verboten zu denken.

Im 17. Jahrhundert setzte sich dieser Prozess in der beginnenden Aufklärung fort. John Locke wendet sich in seinem Werk »An Essay Concerning Human Understanding« gegen »angeborene Ideen« und postuliert, dass die Wahrnehmung durch die eigenen Sinne die einzige Quelle der Erkenntnis sein kann und alle übergeordneten Ideen nur aus diesen abgeleitet werden können. Der Mensch formuliert also sein Wissen über die Welt aus den Beobachtungen, die er tätigt. Damit hatte Locke den absoluten Anspruch auf Deutungshoheit der Kirche in Frage gestellt und den Prozess der Aufklärung eingeleitet. Aber auch Bildung war nun verweltlicht wor-

den, es ging nicht mehr um die Anhäufung von Wissen über religiöse »Wahrheiten«, sondern Bildung wurde zur Grundbedingung für die persönliche, politische und wirtschaftliche Autonomie des Menschen. Die Erklärung wird also nicht mehr von der Religion in die Welt getragen, sondern die Welt wird aus sich selbst heraus erklärt. Das war ein Frontalangriff auf die Rolle der Kirche, die ja wiederum eng mit den Interessen der Machthabenden verknüpft war. Dass solche Überlegungen überhaupt angestellt wurden, hatte vor allem mit der starken ökonomischen Rolle des Bürgertums zu tun, das nun für sich auch entsprechende Partizipationsrechte einforderte. Man muss auch hier einschränken, dass es sich nicht um eine universelle Bewegung handelt, sondern vielmehr um in der Regel städtische Eliten. Für den größten Teil der Bevölkerung spielten diese Emanzipationsbewegungen in ihrem Alltag noch eine untergeordnete Rolle.

Trotzdem waren die Vorformen des Kapitalismus der erste Schritt zum Wandel von der Gemeinschaft zur Gesellschaft. Der Soziologe Ferdinand Tönnies schrieb im Jahr 1887 das grundlegende, wenn auch über lange Zeit wenig beachtete Buch »Gemeinschaft und Gesellschaft«. Hierbei handelt es sich um ein grundlegendes Werk der modernen Sozialwissenschaft. Er trifft dabei folgende Begriffsdefinitionen: »Das Verhältnis selber, und also die Verbindung, wird entweder als reales und organisches Leben begriffen – dies ist das Wesen der Gemeinschaft, oder als ideelle und mechanische Bildung – dies ist der Begriff der Gesellschaft.« (Tönnies 1991, S. 3) Er weist darauf hin, dass die Begriffe umgangssprachlich häufig synonym verwendet werden (Tönnies 1991, S. 3 f.), die Differenzierung jedoch wichtig ist, weil es um fundamental unterschiedliche Modelle menschlichen Zusammenlebens geht. Eine Gemeinschaft ist organisch gewachsen, aber im Gegensatz zur Gesellschaft nicht im Hinblick auf die Rechte der Individuen konstruiert worden. Dies deckt sich mit Le Goffs Charakterisierung der Feudalgesellschaft, die durch den Kapitalismus aufgeweicht wird. In einer Gemeinschaft ordnet der Einzelne sich dem Kollektiv unter. Mill spricht hier vom Despotismus des Brauchs (»despotism of custom«). (Mill 2014, S. 53) Die Zugehörigkeit zum Kollektiv ist also ein wichtiger, wenn nicht der wichtigste Aspekt der eigenen Identität. Folglich muss das Individuum einen Teil der Individualität abgeben, um nicht die Identität der Gemeinschaft zu gefährden. Die Regeln dieser Gemeinschaft wurden nicht planerisch entwickelt, sondern sind das Ergebnis von Stammesriten und Aberglaube und damit stark von irrationalen Kräften geprägt, die sich der Diskussion entziehen, weil sie Glaubenssätze sind. Das Individuum muss sich den Konventionen der Gemeinschaft beugen, weshalb eine hohe Kontrolldimension ein Merkmal der Gemeinschaft ist. Damit gibt es also keine Unterscheidung zwischen öffentlicher und privater Person. Die Gemeinschaft bestimmt somit alle Aspekte des Privatlebens und sanktioniert Verstöße. Karl Popper redet hier von der »Stammes- oder geschlossenen Gesellschaftsordnung, die magischen Kräften unterworfen ist«. (Popper 1992, S. 3) In einer solchen Gemeinschaft oder »geschlossenen Gesellschaft« in Poppers Terminologie ist Religion und/ oder Aberglaube Teil der Ordnung und sie ist von Tabus und Denkverboten geprägt.

Der Gemeinschaft setzt Tönnies nun das Konzept der Gesellschaft entgegen. Diese »konstituiert einen Kreis von Menschen, welche (...) auf friedliche Art nebeneinander leben und wohnen, aber nicht wesentlich gebunden, sondern wesentlich getrennt sind (...)« (Tönnies 1991, S. 34). Hier ist also nicht die Gemeinschaftszugehörigkeit der höchste Wert, sondern das Individuum, seine Freiheit und seine Rechte stehen höher. Die Kontrolldimension des Staates ist also deutlich geringer und wird nur dann ausgeübt, wenn die Freiheit des Individuums oder dessen Grundrechte bedroht sind. Auch Poppers oft beschworene und selten verstandene offene Gesellschaft hat nichts mit einer Laissez-faire-Gesellschaft zu tun, sondern staatliche bzw. gesellschaftliche Institutionen haben zunächst den Zweck, die Freiheit des Individuums zu stärken oder aber Kräfte zu kontrollieren, die diese Freiheitsrechte beschränken könnten. Freiheit ist in diesem Konzept also Selbstzweck. Die Frage, wieviel Freiheit also der Gemeinschaft, ihren Werten oder sozialen Beziehungen schadet, stellt sich also nicht, solange das konkrete Handeln nicht die Freiheitsrechte anderer bedroht. Dies soll dann auch eine Grundproblematik des Wirtschaftsliberalismus sein, wie man später sehen wird. Antworten bieten tatsächlich nur wenige Ökonomen an.

Wenn also die Beziehungen zwischen Menschen in einer Gesellschaft nicht mehr von Werten, Religion, Familie, Zugehörigkeit oder sozialen Beziehungen geregelt werden, so muss an deren Stelle ein anderer transparenter und rationaler Mechanismus treten. Dies sind Gesetze und Regeln, die sich in einer Demokratie die Bürger mittel- oder auch unmittelbar selbst geben. Folglich ist die rationale Gestaltung der Beziehungen in einer Gesellschaft eine Grundbedingung für Freiheit. Diese rationale Gestaltung auch in Form eines berechenbaren Rechtswesens ist wiederum Grundlage von Kapitalismus und Marktwirtschaft. Der Wandel von Gemeinschaft zu Gesellschaft war also auch Teil des ökonomischen Transformationsprozesses.

Dieser Wandel wäre ohne die Entwicklung des Kapitalismus nicht möglich gewesen. Gerade John Locke, der ja auch der Architekt moderner Rechtsstaatlichkeit ist, sieht das Recht auf Privateigentum als wesentlichen Bestandteil eines bürgerlichen Staatswesens. (Krings 2020, S. 19) Der Kapitalismus ist also eine Grundvoraussetzung für die Gesellschaft, aber er führt nicht zwangsläufig dazu, sondern das tut erst eine Marktwirtschaft. Betrachtet man die Geschichte, so war der Kapitalismus bis in das frühe 20. Jahrhundert (die Anwendung der US-amerikanischen Antitrust-Gesetze unter Franklin Roosevelt ab den 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts stellen hier eine Zäsur in Form von Marktregulierung dar) oft in autoritäre Systeme eingebunden, die alte Machtstrukturen fortsetzten und persönliche Unfreiheit oder Rechtsungleichheit mit Kapitalwirtschaft verbunden. Ein Markt konstituiert sich also nicht durch Geld, Kapital und Warenwirtschaft, auch wenn diese Grundbedingung dafür sind. Auch der oft verklarte Unternehmerkapitalismus des 19. Jahrhunderts war häufig eine Geschichte von Monopolen und Oligopolen.

Anders als Marx dies postuliert hat, wurden Revolutionen selten von den verarmten Massen getragen, sondern häufig vom Bürgertum (Davies 1973), deren ökonomischer und kultureller Stellenwert nicht in eine archaische Gemeinschaft